

# Salle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 14.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Wagnispreis für Halle a. S. Nr. 2.000 Mk. durch die Post bezogen 2 Mk. für das Quartalsheft. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich 2 mal. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Druckerei (Halle a. S., Unterwallstraße 17/18, Sonntag, 8. Januar 1911.)

Zweite Ausgabe

Abonnementpreis für Halle a. S. Nr. 2.000 Mk. durch die Post bezogen 2 Mk. für das Quartalsheft. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich 2 mal. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Druckerei (Halle a. S., Unterwallstraße 17/18, Sonntag, 8. Januar 1911.)

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Eing.-Nr. 158; Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Correspondent Dr. Walter Seidenstein in Halle a. S.

Sonntag, 8. Januar 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Wilmersdorferstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Marinegeschütze großen und größten Kalibers.

Gegenüber den in einem Teil der Presse immer wieder auftauchenden falschen Nachrichten, daß unsere Marine eine weitere Kalibererhöhung vornehmen müsse, und daß Strupp bereits ein neues derartiges Geschütz in Arbeit habe, wird uns geschrieben:

Seit einigen Jahren steht bei fast allen Seemächten die Frage einer Kalibererhöhung der schweren Schiffs- und Küstenartillerie im Vordergrund der Erörterungen. Während man sich bisher mit 28 oder höchstens 30,5 cm Seelenweite der Küste begnügte, ist jetzt ein regelrechter Wettlauf unter einzelnen Nebenführern zu beobachten, und jeder sucht das Riesengeschütz des andern durch ein noch mächtigeres Modell zu übertrumpfen.

Den ersten Schritt in der Kalibererhöhung über 30,5 cm hinaus taten 1906 die Vereinigten Staaten, indem sie für einige Hauptküstensektoren ein Geschütz von 35,6 cm annahmen. Nach Ansicht der amerikanischen Fachmänner waren es die Kohrausbreitungen, die dazu zwangen, das sind die Fortschritte der Seelenweite durch die hochwertigen Pulvergase, gegen die alle mit größter Kosten und in jahrelangem Bemühen erprobten Mittel versagten. Die amerikanische Artillerieverwaltung hatte damals mit Vorzucht festgestellt, daß ihr 30,5-cm-Geschütz im Ernstfall schon nach anderthalb Stunden durch die Gasbreitungen seine Trefffähigkeit völlig eingebüßt haben und damit kampfunfähig geworden sein würde. Als einzige Rettung erdachte sie die Herabsetzung der Mündungsgeschwindigkeit, was niedrigere Spannung der Pulvergase gestattet, und zum Ersatz der dadurch verlorenen Arbeitsleistung Erhöhung des Kalibers und des Geschösgewichts. So war also die Kalibererhöhung nur ein Notbehelf, nicht aber ein aus der Weiterentwicklung der Geschütztechnik an sich geborener Fortschritt. Der amerikanische Kongreß bewilligte zunächst neun dieser 35,6-cm-Küsten. Burett sind erit zwei fertig, von denen eines zu Versuchszwecken ständig auf dem Schießplatz in Sandusky beieen soll. Von den übrigen acht sollen je zwei Küsten in Versuchsanstalten bei den Versuchsungen von Manila und Honolulu und vier in Dienststellen zur Befestigung der Insel Sit Beate in der Manilobucht zur Aufstellung kommen. Dem Beispiel der Küstenartillerie folgend, hat später auch die amerikanische Marine das neue Modell als Ersatz des 30,5-cm in Aussicht genommen.

Nächst den Vereinigten Staaten hat England sich zu dem ähneren Schritt der Kalibererhöhung bei den Hauptgeschützen seiner neuesten Linienkämpfer entschlossen: die „Conqueror“ und die „Blow“-Klasse sollen 34,3-cm-Kanonen L/45 erhalten. Auch in England hat die Notlage den Anstoß gegeben, doch waren es hier weniger die Kohrausbreitungen als die Mängel der bekannten Drahtrohrkonstruktion, die der Weiterentwicklung des 30,5-cm-Modells ein Ende bereitet. Die neuesten Muster dieses Kalibers, die eine Länge von 50 Kaliber hatten, haben verlangt, da so langen Rohren bei Anwendung der Drahtrohrart die innere Steifigkeit nicht gegeben werden konnte. Es sind infolgedessen auch neuerdings in England Versuche im Gange, die Drahtrohre aufzugeben und zu der sonst fast allgemein gebräuchlichen Mantelrohrkonstruktion überzugehen.

Auch in Frankreich und Italien ermdet man den Uebergang zu einem 34-cm-Marinegeschütz, doch ist man annehmend bis jetzt noch nicht über diese Erwdigungen hinausgekommen. Dagegen soll Brasilien für seine neuesten in England zu bauenden „Dreadnought“ schon ein 36-cm-Geschütz festgelegt haben.

Bei jeder bekannt werdenden Neuerung im englischen Flottenbau pflegt man in diesem Lande seit einiger Zeit die nervöse Frage zu tun: „Wie verhält sich Deutschland dazu?“ So war es auch bezüglich der Kalibererhöhung. Merkwürdigerweise wählten englische Reizungen zuerst die Antwort: „Deutschland wird das englische 34,3-cm-Geschütz durch ein 35-cm-Geschütz übertrumpfen!“ Und als bald kam auch die übliche befeuerte Anfrage im englischen Unterhaus an den Marineminister, der natürlich ebenfalls wenig sagen konnte, wie der Franzose.

In der Tat liegt bis jetzt für die deutsche Marineartillerie kein Grund vor, den Erprung über 30,5 cm mitzumachen, da man hier wieder die amerikanischen Sorgen vor den Kohrausbreitungen, noch die englischen Sorgen wegen der Drahtrohre kennt. Soweit bekannt, sollen die neuesten deutschen Linienkämpfer 30,5-cm-Rohre erhalten, und alles was darüber hinaus erzählt wird, ist ein Streik um des Kaisers Will. Die Geschütze dieser Kanonen sind imlande, auf allen vorstehenden achselmächtigen Entfernungen den stärksten, heute üblichen Panzer mit dem nötigen Kraftübertrieb zu durchdringen.

Nebenfalls wird man in Deutschland niemals sachliche Erwdigungen hinter den Refordbrgeiz stellen, der um jeden Preis das „stärkste Geschütz

der Welt“ haben will. Den können wir getrost unseren angehörschäftlichen Willern und ihren Gefolgsleuten überlassen.

### Ausflug im Auslande.

Russische Schulreform. Reichsduma und Kommissionen beraten seit längerer Zeit über die Einführung der allgemeinen Schulbildung in Rußland. Es dürfte nicht leicht fallen, die Schden so schnell wieder aufzumachen, die die gänzliche Vernachlässigung der Volksbildung unter Alexander III. herbeigeführt hat. Bis zum Jahre 1897 erreichte das gesamte Budget des Ministeriums der Volksaufklärung für den Elementarunterricht kaum die Summe von 1½ Millionen Rubel. Es ist daher klar, daß die Abstellung der verhängnisvollen Folgen einer solchen Kulturpolitik jetzt ungeheurer finanzieller Kosten erfordert. Erst seit dem Regierungsantritt des Kaisers Nikolaus II. haben die Aufwendungen für den Elementarunterricht sich beträchtlich gesteigert und 1906 bereits die Höhe von 8½ Millionen Rubel erreicht. Doch auch diese Summe entspricht nicht im entferntesten den vorhandenen Bedürfnissen. Nach der amtlichen russischen Statistik betrug vor 6 Jahren die Gesamtzahl der Elementarschulen 89 047 mit 5 221 187 Schülern, während die Zahl der schulpflichtigen Kinder sich auf etwa 13 Millionen belief. Mehr als die Hälfte dieser Kinder mußte also ohne Unterricht bleiben. Die Regierung kann deshalb mit ihren Kräften allein die Unentgeltlichkeit des Unterrichts nicht durchführen und will die lokalen Selbstverwaltungsinstitutionen zur unmittelbaren Mittelfürsorge heranziehen. Die innere Organisation und Leitung der Schulen soll den letzteren, die Oberaufsicht und finanzielle Subsidierung der Regierung vorbehalten sein. Bei Berechnung der Kosten der Einführung des allgemeinen Elementarunterrichts hat die Regierung den normalen Schüleretat für die Schule auf 50 angesetzt. In Gegenden, wo die geringe Dichtigkeit der Bevölkerung die Einhaltung dieser Bedingung nicht gestattet, bleibt es den lokalen Organen überlassen, durch Erhöhung von Zweigklassen, Schülerheimen oder auf andere Weise dem vorzubeugen, daß die Kinder nicht zu viel Kraft und Zeit auf den Weg zur und aus der Schule verdrängen. Das Lehrpersonal in einer solchen Normalchule mit 50 Kindern soll aus einem Lehrer für die allgemeinen Unterrichtsgegenstände und einem Religionslehrer bestehen. Das Minimumgehalt eines Lehrers ist auf 300 Rubel für das Jahr angesetzt, das eines Religionslehrers auf 60 Rubel. Hierbei rechnet die Regierung jedoch, daß ein und derselbe Religionslehrer mindestens zwei Schulen bedienen kann, und will daher für die Schule jährlich nur 360 + 30 = 390 Rubel aufzählen. Da die Zahl der schulpflichtigen Kinder sich auf ca. 13 851 870 beläuft, so bedeutet das die Notwendigkeit von 277 077 neuen Schulen, und bei einem Regierungszufluß von 390 Rubel für die Schule würde die Regierung jährlich rund 108 und nach einem weitergehenden Dummbeßluß 116½ Millionen Rubel aufwenden müssen. Der Betrag, den die Regierung für den Bau und die Ausstattung der Schulen aufzubringen hätte, ist auf rund 300 Millionen Rubel veranschlagt worden. Diese 300 Millionen stellen 80 v. H. der Gesamtansgaben für den besagten Zweck dar, die die Regierung tragen bzw. vorziehen will, während die restlichen 20 v. H. (77 Millionen) von den lokalen Institutionen getragen werden müssen. Die jährliche Vergrößerung des Schulerats würde 110 Millionen Rubel betragen, die Städte usw. hätten laufend 48½ Millionen Rubel aufzubringen. Bezüglich der Aufbringung der Kosten vertritt der Finanzminister die Ansicht, daß wieder die Regierung noch die Städte eine bindende Verpflichtung in dieser Hinsicht übernehmen könnten, auch daß es rationell wäre, von Jahr zu Jahr die Anstellungen von Lehrkräften abhängig zu machen. Diese Ansicht wird voraussichtlich mit Hilfe des Reichsrats die Oberhand gewinnen. Alles in allem ist dieser Reformvorschlag der russischen Regierung zu begrüßen, ob die Notwendigkeit der allgemeinen Schulbildung aber so bald den harten russischen Köpfen, zumal bei den Millionen nomadischer Stämme, verständlich erscheinen und praktisch durchführbar sein wird, bleibt noch eine offene Frage.

### Zum Wiederbeginn der Reichstags-Sitzungen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in ihrem heutigen Hildfild: „Dad nach dem Wiederbeginn der Sitzungen der Reichstag die Beratung über das Wertungswachstergesetz zu Ende führen. Wie wir hören, besteht die Absicht, mit der zweiten Lesung des Entwurfs etwa am 16. Januar zu beginnen. Dardurch wird eine unentgeltliche Grundsteuer für die Weiterberatung des Etats geschaffen, denn der Ertrag der Vermögensteuer bildet einen entscheidenden Bestandteil der Einnahmen, die erforderlich sind, um bei dem Eintritt der Seerearrestierung und der verbesserten

Veteranenversorgung das Gleichgewicht des Etats zu erzielen. An dem wichtigsten Grundpfeiler ihres Finanzprogramms, keine neuen Ausgaben ohne gleichzeitige Deduktion einzustellen, werden die verbündeten Regierungen unbedingt festhalten. Die Parteien des Reichstags haben sich nicht minder entschlossen gezeigt, wie für 1910 so auch den nächstjährigen und folgenden Etat mit Strenge durchzuführen. Nachdem das Wertungswachstergesetz jetzt in dreimaliger Lesung der Kommission eine über das übliche Maß weit hinausgehende Durcharbeitung erfahren hat und alle Einwendungen zu wiederholten Malen durchgebrochen sind, kann vorausgesetzt werden, daß der Reichstag den von ihm selbst unter Zustimmung der weitesten Volkskreise angelegten Gedanken nunmehr den Charakter einer endgültigen Entscheidung geben wird. Die Tragweite dieser Entscheidung ist so groß, daß sie durch den Widerstand vereinzelter Gruppen und örtlicher Interessen nicht mehr wird beeinträchtigt werden können.“

### Eine Milliarde Mark

haben die Eintragungen in das Reichsschuldbuch am 4. Januar erreicht, d. i. 22 Prozent der gesamten eintragungsfähigen Reichsschuld. Diese Entwicklung kann zwar als im allgemeinen günstig angesehen werden, Gleichwohl hat das Reichsschuldbuch immer noch nicht die Bedingung gefunden, welche ihm gebührt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß viele Kreise der Bevölkerung mit den Einrichtungen des Reichsschuldbuches noch nicht ausreichend vertraut sind. Es mögen daher nochmals die großen Vorteile hervorgehoben werden, welche mit der Eintragung verbunden sind. Dahin gehören vor allem die völlige Sicherheit gegen Verluste durch Diebstahl, Verbrennen, Abhandenommen usw., die Kostenfreiheit der Eintragungen, die kostenlose laufende Verwaltung, die sofortige Zahlung der Zinsen. Die Benutzung des Reichsschuldbuches hat durch die Novelle vom 6. Mai 1910 eine wesentliche Förderung erfahren dadurch, daß Buchführer schon im Wege der Verabreichung, also ohne vorherige Anschaffung von Stücken der Reichsanleihen begründet werden können. Diese Einzahlungen können bei den mit Kassenrechnungen versehenen Reichsbankanstalten und bestimmten öffentlichen Kassen sowie im Reichsbankbuch bei den Bankanstalten erfolgen. An diesen Stellen wird auch ein Merkmal abgelesen, das nähere Angaben enthält. Mit der Eintragung heißt sich der Gläubiger keineswegs der Möglichkeit, über das eingetragene Kapital zu verfügen, da es ihm jederzeit freisteht, die Auslieferung entsprechender Schulverbriefungen zu fordern, wobei allerdings eine mäßige Gebühr zu entrichten ist. Auch für Vermögen auf den Todesfall kann das Reichsschuldbuch zweckentsprechende Verwendung finden, indem schon zu Lebzeiten des Gläubigers eine zweite Person eingetragen werden kann, die nach seinem Tode über Kapital und Zinsen zu verfügen berechtigt ist. Es kann also die Erbstatfaktregulierung erheblich erleichtert werden. Von besonderer Wichtigkeit sind aber die Eintragungen in das Schuldbuch, um die Vermögenssubstanz ungefährdet zu erhalten. Diese wichtige Funktion des Schuldbuches verdient besondere Hervorhebung.

Der geringste Betrag einer Eintragung befristet sich auf 100 Mark. Damit ist auch den weniger bemittelten Volksklassen das Schuldbuch zugänglich gemacht. Zur näheren Information dient das oben bezeichnete Merkblatt.

### Deutsches Reich.

\* Die Kronprinzessin ist am 7. Januar von Astuan nach Zugor abgereist.

\* Zum Reichsde des großherzoglich mecklenburgischen Paares in Münden. Die Großherzogin des Theresienordens, Prinzessin Ludwig, verließ der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin den Theresienorden. Der Großherzog verließ den Prinzen Ludwig, Rupprecht und Leopold des Großkreuzes mit Kette des Kaisersordens der Wendischen Krone, dem Kaiserlichen Thronerben von Sachsen, das Großkreuz des gleichen Ordens. Außerdem wurde den beiderseitigen Hofstaaten eine Reihe von Auszeichnungen verliehen. Nach seiner Ankunft staltete das Großherzogpaar dem Prinzregenten und sämtlichen Prinzen des königlichen Hauses Besuche ab.

\* Die reichsrechtliche Regelung des Verfalls leibbarer Leihkassette. In der Presse ist die Meldung verbreitet worden, daß von seiten der preussischen Regierung der Entwurf eines Reichsgesetzes vorbereitet würde, durch welches der Verfall leibbarer Leihkassette geregelt werden soll. Der Entwurf sollte nach seiner Fertigstellung dem Bundesrat zugehen. Wie der „Zf.“ hierzu auf eine Anfrage mitgeteilt wird, dürfte die Nachricht nicht zutreffen. Ein derartiger Gesetzentwurf wird gegenwärtig weder in Preußen noch bei der zuständigen Reichsbehörde vorbereitet. Es besteht vielmehr bei letzterer die Absicht, zunächst die Ergebnisse der internationalen Aufschiff-







Gedenktage.

- 1808. Einführung der neuen Verfassung in Italien.
- 1828. Der Chingri Friedrich von Schmack, der Onkel der Kaiserin Auguste Viktoria, geboren.
- 1829. Der Forschungsreisende Adolf von Schlegelstein geboren.
- 1871. Treffen bei Villersexel.
- 1873. Napoleon III. gestorben.
- 1878. Schlacht im Schiponoh zwischen Rußland und der Türkei.
- 1878. Der Dichter Wilhelm Busch geboren.
- 1909. Der englische Reumant Ernest S. Shackleton erreicht den 25° 28' südlicher Breite.

Tagesspruch: *Willeib habe mit allen, Mit Recht und Zier, Nur eines lasse fallen: Willeib mit dir. Zeig'ner.*

Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 8. Januar.

**Was soll mit dem Halleschen Stadttheater geschehen?**  
Die vom Halleschen Bürgerverein in die öffentliche Erörterung geworfene Frage: Soll das Hallesche Stadttheater nach Ablauf des Pachtvertrages mit Herrn Geheimen Hofrat Knappe 1912 in die eigene Verwaltung der Stadt übernommen oder soll es wieder an einen Theaterunternehmer weiter verpachtet werden? beschäftigt je länger je mehr immer weitere Kreise, so daß für die auf den 12. Januar nach dem Wintergarten\* vom oben genannten Vereine einberufene öffentliche Versammlung mit einem starken Besuch zu rechnen sein wird. Für die Beurteilung dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit kommen nur zwei Gesichtspunkte in Betracht: der rein künstlerische und der wirtschaftliche. Die künstlerische Seite dieser Angelegenheit leitet zu der Frage über: Hat sich das bisherige Verarbeiten der Verpachtung unferer Stadttheaters an einen Privatunternehmer nicht bewährt? Hat das Theater seine Aufgabe, das Beste auf dem Gebiete der dramatischen Kunst und der dramatischen Kunst zu bieten, nicht erfüllt? Es mag ausgeben werden, daß unter dem jetzigen Leiter des Stadttheaters manche dramatische Neuerfindung nicht sofort vorgeführt worden ist, sondern daß erst abgemeldet wurde, welche Erfolge sie an anderen Bühnen hatte, daß somit von dem Werke der Gattung und der Ursprünglichkeit bereits etwas abgetrieben war, ehe es zu uns kam. Das erscheint aber noch lange nicht als ein Fehler, denn nicht immer hat sich das, was nach den Vorstellungen auf großen Bühnen zuerst als ein großer Erfolg erschien, abwärts ist da mitunter das trübsame. Es kann auch zugegeben werden, daß die leichtgewichtige Muse bei uns stets die freudvollste Aufnahme gefunden hat, weil man sah, daß das Theaterpublikum dieser Dinge besonders gern genießt. Indes sind darüber auch nicht einzelne Aufgaben verabsäumt worden und manche hervorragende, ja glänzende Aufführung steht in der jüngeren Geschichte des Theaters aufgeschrieben. Es ist nicht zu bestreiten, daß keines der ernsthaft zu nehmenden Werke unserer Theaterfreunde vorenthalten worden ist.

Geht den Fall, daß die künftige Verwaltung des Stadttheaters von der Stadt aus durch einen Theateraufschlag ausgeübt wird, der über die Maß der Güte, über die Anstellungsbedingungen und die Anstellung der Künstler zu befinden hat, der unmöglich auch in die Aufführung selbst hineinreißt — ist nun damit eine sichere Gewähr gegeben, daß stets und ausschließlich das Beste gegeben, das Beste geleistet werden wird? Bei der Auswahl der aufzuführenden Stücke müssen die künstlerischen Kriterien als Vorbedingung für die Beurteilung des künstlerischen Wertes und der Bühnenwirksamkeit der Werke eine wertvolle Literaturkenntnis, ein ausgebildetes Musikverständnis und eine fast unfehlbare Sicherheit in der Abmessung des Erfolges bei uns fernem Publikum mitbringen. Ist nun ein selbstständiger Theaterleiter vorhanden, so trifft dieser die Wahl auf sein eigenes Risiko. Wo aber die Wahl fällt, da sind auch viel Sinne, und eine beruhigende Sicherheit dafür, daß sie alles zum Besten wenden werden, ist keineswegs gegeben. Es ist ebenfalls noch fraglich, ob in den betreffenden Ausschüssen immer diejenigen Herren sitzen werden, die über alle notwendigen Eigenschaften eines tüchtigen Theaterregisseurs verfügen, damit das Schicksal und Mittelmaßige ferngehalten und nur das Gute zugelassen wird.

Somit sind bei eigener Regie der Stadtverwaltung keineswegs alle Voraussetzungen für eine Lösung des Theaters in künstlerischer Hinsicht gegeben. Noch weniger aber scheint uns eigene Regie in Finanz- und Verwaltungssachen auszuweisen. Man weiß wohl darauf hin, daß dem Richter des Theaters aus seiner Theaterführung ein ansehnlicher Nutzen und Geschäftsgewinn erwachsen ist. Was sein, wir haben ihn diesen Nutzen nicht nachzuerkennen. Aber für uns ist es mehr als wahrscheinlich, daß die Stadt bei eigener Theaterverwaltung dieses Geschäft nicht nur nicht machen, sondern noch Geld zusetzen würde. Die Verwaltung auf die Ertragsfähigkeit der verschiedenen Unternehmungen der Stadt dürfte als Beispiel hier nicht gutartig sein, denn da sind ganz andere Voraussetzungen gegeben. Bekannt ist, daß zunächst ein Rundus beschafft werden muß, der unter 100 000 M. kaum zu haben sein wird. Man rechnet die jährlichen Ausgaben für seine Vergütung und die Kapitalanlage. Die gesamte Geschäftsführung würde erheblich höhere Aufwendungen verursachen, denn es ist ja eine allgemeine, bekannte Tatsache, daß ein monopolistischer Wirtschaftsbetrieb immer teurer ist als ein privatwirtschaftlicher Betrieb. Wir denken dabei durchaus nicht daran, daß an Gehältern und Löhnen für

die Künstler und Arbeiter und sonstigen Angestellten gespart werden soll. Im Gegenteil könnten einem künftigen Richter bestimmte Vorarbeiten gemacht werden, hinsichtlich der künstlerischen Führung des Theaters, wie hinsichtlich der Vergütung. Auf diese Weise würde die Möglichkeit gegeben, daß unser Stadttheater in der Reihe solcher Kunststätten den ihm gebührenden oberen Rang einnimmt und gleichzeitig dem Unternehmer noch ein angemessener Geschäftsgewinn verbleibt — wenn er Güde bringt, die einfließen. Die Stadt aber brauchte ein Risiko nicht zu übernehmen.

Und auf diese Weise umginge man auch den immerhin etwas zweifelhaften Versuch mit einer jenenartigen Halbintendanz, auf den man allem Anschein nach in Halle zugetan wird. Das heißt, die Stadt stellt einen künstlerischen Leiter mit festem Gehalt an und beteiligt diesen Mann am Reingehalt. Von dem festem Gehalt überfließenden Reingehalt erhält er einen Teil und die Stadt den anderen Teil. Dadurch soll der künstlerische Leiter sich angetrieben fühlen, der gefährlichen Leitung ebenfalls seine besondere, geminnbringende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das kann einträglich werden, es kann aber auch das Gegenteil für die Stadt eintreten. Der Leiter bezieht auf alle Fälle sein Gehalt, die Stadt aber kann für ihren Teil mit einem Gemisch aus milder hohen Reichtum rechnen müssen. Darum ist am Ende die Weiterverpachtung des Stadttheaters an einen Theaterunternehmer unter möglichst weitgehenden Vorbehalten hinsichtlich der künstlerischen Geschäftsführung und hinsichtlich der künstlerischen Vergütung der Theaterkräfte für unsere Stadt das Beste.

Dies und das.

**Gehemnisvolle und verdächtige Gesichter.**  
Der Mann war in — In 30 Jahren. — Eine Ruhe...

Vor Weihnachten sah man lauter geheimnisvolle Gesichter, jetzt, nach Neujahr, laufen die Leute mit verdächtigen Gesichtern umher. Es ist aber nicht schwer, auf den Grund dieser Erscheinung zu kommen. Vor Weihnachten hatte man allerhand Geheimnisse, die ihren Ausdruck fanden in dem einen Worte: Weihnachtsgeldchen. Viele heimliche sah man ihnen an der Nase, obwohl sie sich die erkenntliche Mühe gaben, besonders ihren Angehörigen gegenüber, ein recht harmloses Gesicht aufzusetzen. Nun sind die Weihnachtsgeldchen ausgeliefert, man erfreut sich seit 14 Tagen der Weihnachtsgeldchen, aber doch gibt es jetzt verdächtige, mürrische Gesichter. Natürlich nicht bei jenen Geschäftleuten, denen Inventur und Geschäftsausschluss die Gewissheit eines ausgerechneten Geschäftes im vergangenen Jahre gebracht haben. Wohl aber bei jenen unglücklichen Staatsbürgern, denen tagen täglich Rechnungen ins Haus geflogen kommen. Allerdings gibt es auch einzelne Menschen, die diesem Herumfliegen von Rechnungen sehr gleichmütig zusehen, fintelnen und allweilens sie sich wegen der Bezahlung dieser ziffermäßigen Rechnungen nicht den geringsten Schimmeren hinlegen. Wie einst Liebesgottesmutter, richtete Berlin beim längeren Ausbleiben der königlichen Bezahlung seiner Wahl sich philosophisch mit dem Worte beruhigte: Ich kann warten! — So denken in dritter Person auch jene geschuldeten Schuldner: die können warten! Allen die meisten Rechnungsempfänger belügen nicht diese in das Gefühl der Würdigkeit hinüberzubringen, sondern sie belügen sich ihren Ecken und fragen sich: Wo soll ich das viele Geld mit einem Male hernehmen, um allen sich jetzt so aufdringlich nahenden Verpflichtungen nachzukommen? Da wird es manchmal beim besten Willen nicht möglich sein, alles zu begleichen, sondern man wird wohl oder übel sagen: Der muß warten!

Aber der so behaltene Gläubiger ist nachsichtlich selbst in der unangenehmen Lage, seinerseits ebenfalls von Zahlungen zur Zahlung bedrängt zu werden. Er möchte wohl noch länger warten, aber das geht nicht, und so beschränkt er am Ende den Weg der gerichtlichen Klage gegen seine säumigen Schuldner, die natürlich zururteilt werden. Das gibt nicht nur Verdruß auf beiden Seiten, gerührt bisher behaltene Geschäftsbereinigungen, sondern es entziehen nun zu den unglücklichen Schulden den Gerichtskosten, der Gerichtsabteilung kommt ins Haus, beanprucht natürlich auch Gebühren, und so wird loszulegen im Sandum-drehen die Schuld noch einmal so hoch und die ganze Wirtschaftsführung des Schuldners kommt ins Wanken. Indes, wir wollen das Bild nicht weiter ausmalen, wer Lust zu dieser Art Kunstbetätigung hat, kann diese Arbeit selbst verrichten, ohne Pinsel, Palette und Malerfarben. Willst du aber führt diese angenehme Beschäftigung noch zu einer besonderen Ueberlegung.

Bei den Rechnungen, von denen vorher die Rede war, ist selbstverständlich nicht an die zu denken, die im geordneten Geschäftsbetrieb entstehen und die dem Geschäftsbetrieb dienlich sind. Hier haben wir hauptsächlich die Rechnungen im Auge, die entstehen für Lieferungen, welche für den Empfänger loszulegen persönlich bestimmt sind. Es werden das im wesentlichen Handwerkerleistungen sein. Der Handwerker ist ja nach einem hinreichenden Lebenserwerb, wenn er fällig sind, der zuletzt, oftmals auch gar nicht bezahlt wird. In jedem Kaufmanns-geschäft man hat, aber dem Handwerker bleibt man schuldig, der kann warten! Natürlich sammelt sich ein ganzes Jahr hindurch manches Bößchen an und am Neujahrstage wundert man sich darüber und wird verdächtig, daß man so viel bezahlen soll. Man empfängt die langen Schuldposten auf der Rechnung wie eine uns zugeworfene pernalische Belästigung und sagt dem Rechnungsführer einige ertige Lebenswürdigkeiten — natürlich nur in Gedanken, weil man sich sonst eine Privatklage wegen Belästigung zuziehen würde. Aber selbst wird man daran denken, daß wir nun einmal unsere Haushaltführung selbst betradten und

daß es am Ende richtiger wäre, sie auf eine festere Grundlage als die des Wagens zu stellen. Die vielen Rechnungen nach Neujahr nötigen, weil man nach ihrer Bezahlung für die Bezahlung der kommenden Bedürfnisse nichts mehr übrig hat, um abermaligen Schuldenmachen und damit zum Neujahr. Man mag, wenn man pumpt, leichtfertig Ausgaben, die man vielleicht vermeiden würde, wenn man sie gleich bar bezahlen sollte. Will man darum seine Wirtschaftsbuchhaltung in der richtigen Weise überarbeiten und jede überflüssige Ausgabe vermeiden, mindestens sollte man das Begehren nicht auf die lange Bank schieben, sondern wöchentlich oder spätestens monatlich abrechnen. Der Mensch kann nicht über sich bestimmen, jeder Tag kann der letzte sein. Wie ein ordentlicher, frommer Hausvater seine himmlischen Einkünfte, so muß man peinlich genau jede einzelne Ausgabe überarbeiten und jede überflüssige Ausgabe vermeiden. Mindestens sollte man das Begehren nicht auf die lange Bank schieben, sondern wöchentlich oder spätestens monatlich abrechnen. Der Mensch kann nicht über sich bestimmen, jeder Tag kann der letzte sein. Wie ein ordentlicher, frommer Hausvater seine himmlischen Einkünfte, so muß man peinlich genau jede einzelne Ausgabe überarbeiten und jede überflüssige Ausgabe vermeiden. Mindestens sollte man das Begehren nicht auf die lange Bank schieben, sondern wöchentlich oder spätestens monatlich abrechnen. Der Mensch kann nicht über sich bestimmen, jeder Tag kann der letzte sein.

Der zweite kommunale Bezirksverein wird sein Winterfest in Gestalt einer Weihnachtsfeier am 18. Januar im Wintergarten begehen. Das reichhaltige Programm umschließt überal Weihnachtsstimmung, es weist neben humorvollen auch ernsthafte Darbietungen auf. Eintrittskarten sind in den bekannten im Schauspielhaus kenntlich gemachten Verkaufsstellen erhältlich.

Der Gartenbauverein hält am Dienstag, den 10. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Hotel Kronprinz“ (Evangel. Vereinshaus), seine Monatsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag des Hpt. Garteninspektors Herrn Oertel über: Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbekämpfung in Bezug auf die Gärten. 2. Bericht über die Tätigkeit der Mitglieder. 3. Geschäftsliches. Gärten ist der Zutritt gern gestattet.

Kaufmännischer Verein (E. V.). Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Projektionsvortrag am Montag, den 9. d. Mts., nicht in den „Kaisersälen“, sondern im Wintergarten stattfindet. Herr Dr. von Pappe wird über: „Druffel und seine Weltanschauung 1910“.

Der Schuhbunde, die er sich in der Dölauer Heide in die rechte Schläfe gebohrt hatte, ist der Valimier August Krenel aus Bad Nauhagoch in der Chirurgischen Klinik am Freitag mittag erlegen.

Das illustrierte Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage) wird der Halleschen Zeitung morgen, Montag, mit beigelegt werden.

Hallesches Kunstleben.

Aus dem Bureau des Neuen Theaters wird uns geschrieben: Sonntag, nachmittags 4 Uhr bei Heinen Preisen, A. Wroncos belieltes Werk „Sajemanns Töchter“, abends 8 Uhr 5 Min. beginnt Herr Carl Schönfeld aus Berlin sein hiesiges Gastspiel in dem neuesten Lustspiel von Richard Stowmann „Sohe Politik“, welches montenlang des Repertoires des Berliner Theaters beherrschte. Montag wird die Lustspielkomödie „Sohe Politik“, mit Herrn Carl Schönfeld als Gast, zum ersten Male wiederholt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Deßau, 7. Januar. (Raumann Schäfer 4.) Der hiesige Ehrenbürger Kaufmann Adolf Schäfer ist, wie das „Deitt. Wochenbl.“ meldet, nach vorübergehender Besserung seines Befindens getrennt früh verstorben.

Mücheln, 7. Januar. (Die gegenseitige elektrische Bahnprojekte) erhoben Einsprüche sollen, wie mitgeteilt wird, seitens der Königl. Landratsämter in Vererbung und Cauerart an die Königl. Regierung in Vererbung abgegeben worden sein. Die Einsprüche seien zahlreich und besonders nachdrücklich seitens der Kohleninteressenten erhoben worden. Es findet in Kürze ein Termin statt, an dem sich die Königl. Eisenbahndirektion in Halle kommissarisch beteiligen wird.

Raumburg a. S., 7. Januar. (Seminar-Übungs-schule.) Auf Grund eines Vertrages zwischen dem Königl. preussischen Fiskus und der hiesigen Lebungsbehörde soll zu Osternd. 18. eine besondere Seminar-Lebungsschule mit sechs aufsteigenden Klassen hier eingerichtet werden.

Oriete, 7. Januar. (Ein Auge ausgestochen.) Der Weiber Franz Raumann ging am Donnerstag bei Eintritt der Dunkelheit seinen Chasemann her. Ein Tier kam zu Hall, eben der Führer. Dabei rief ein Horn des Chasem Herrn Raumann ein Auge aus. Er wurde am andern Tage nach Deßau in eine Seitanstalt geschafft.

Cöthen, 7. Januar. (Städtisches.) Die getrennt abgehaltene erste diesjährige Gemeinderatswahl wurde lediglich konstituierender Charakter. — In der sich anschließenden Stadterordnetenversammlung wurden die Herren Geheim. Kommissionsrat Trautmann zum Stadtverordneten-Vorsteher und Gymnasialdirektor Professor Kluge zum Stellvertreter wiedergewählt.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

Stuttgart, 7. Januar. Der Kunstmaler Hermann Reuer ist im Alter von 47 Jahren heute an einem Wundstich gestorben.

**Möbel-Fabrik**  
**Reiniger Tischlermeister**  
Unsere Ausstellungs- und Verkaufsräume sind nach wie vor  
**nur Kleine Steinstrasse 6.**  
Filialen unterhalten wir nicht. Interessenten empfehlen wir die Besichtigung unserer Ausstellung fertiger Wohnräume.  
Entwürfe, Zeichnungen und Kataloge kostenfrei.  
— Aeltestes Etablissement für Innen-Ausstattung am Platze. —  
Gegründet 1832.

